

Kirche und Gesellschaft



Arnd Küppers / Peter Schallenberg

Für eine inklusive Gesellschaft

Anmerkungen
zur Ökumenischen Sozialinitiative

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:

Januar 2014, Nr. 406: Arnd Küppers/Peter Schallenberg
Große Koalition ohne große Ideen? Zu Aufgabe und Grenzen von Politik – grundsätzliche Überlegungen aus aktuellem Anlass

Februar 2014, Nr. 407: Albert Wunsch
In Verlässlichkeit und Liebe das Leben teilen?

März 2014, Nr. 408: Gerhard Kruip
„Die Befreiung und die Förderung der Armen“ (EG 187).
Zum lateinamerikanischen Hintergrund von Papst Franziskus

VORSCHAU:

Mai 2014, Nr. 410:
Ursula Nothelle-Wildfeuer zum Themenbereich: „Gerechter Lohn – Mindestlohn“

Juni 2014, Nr. 411:
Jörg Althammer zum Themenbereich: „Papst Franziskus und die Wirtschaft“

September 2014, Nr. 412:
Gottfried Leder zum Themenbereich: „Grundgesetz und Menschenwürde“

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: kige@ksz.de

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

2014

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2820-1

Am 28. Februar haben der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, und der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dr. Nikolaus Schneider, den Impulstext *Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft* vorgestellt. Das Datum war bewusst gewählt: Auf den Tag genau 17 Jahre zuvor, am 28. Februar 1997, hatten EKD und DBK ihr Gemeinsames Wort *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* veröffentlicht. An dieses ökumenische Sozialwort wollte man anknüpfen.

Der Anspruch des Papiers ist diesmal allerdings ein anderer. Es handelt sich nicht wie 1997 um ein „definitives“ Wort der beiden Kirchen, sondern – so der Untertitel – um eine *Initiative des Rates der EKD und der DBK für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung*. Und diese Initiative erschöpft sich keineswegs in dem vorgelegten Text; sondern der dient vor allem dazu, wie das Vorwort unmissverständlich klarmacht, eine Ökumenische Sozialinitiative überhaupt erst einmal *anzustoßen*. Das übersehen diejenigen, die dem Papier allzu schnell mangelnden politischen Mut vorgeworfen haben. Der Impulstext soll eine gesellschaftliche Debatte anregen und diese nicht von vornherein durch „kirchenamtliche“ Festlegungen präjudizieren.

Ein ökumenisches Ausrufezeichen

Von entscheidender Bedeutung ist dabei, dass sich die beiden großen Kirchen in Deutschland nach 17 Jahren wieder zusammengefunden haben, um *gemeinsam* eine sozialetische Initiative auf den Weg zu bringen. Das ist ein ökumenisches Ausrufezeichen. Das Ziel, zu einem gemeinsamen Text zu kommen, hat dabei auch das Verfahren geprägt. Sowohl EKD als auch DBK hatten sich in den Jahren seit dem Gemeinsamen Wort immer wieder auch zu wirtschaftlich-sozialen Fragen geäußert; die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der DBK zuletzt 2011 mit dem Papier *Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung*, der Rat der EKD 2008 mit der Denkschrift *Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive*. Auch auf die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ab 2007 hatten beide Kirchen mit jeweils eigenen Texten reagiert.

Zunächst einmal ging es deshalb darum, die Schnittmengen in den sozialetischen Stellungnahmen beider Kirchen aus den letzten 17 Jahren zu identifizieren, um sich der gemeinsamen Basis für die Sozialinitiative zu versichern. In einem zweiten Schritt wurde dann diskutiert, welche wei-

teren Fragen in den Blick genommen werden sollten. Damit war die Grundlage geschaffen, um einen ersten Textentwurf zu erarbeiten, der im Frühjahr 2013 auf einer gemeinsamen Arbeitstagung der Kammer für soziale Ordnung der EKD und der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der DBK mit externen Experten diskutiert worden ist. Auf der Grundlage dieser Beratungen wurde der Entwurf dann überarbeitet und an die zuständigen Gremien von DBK und EKD zur weiteren Diskussion und Abstimmung gegeben. Das alles war ein durchaus mühevoller Prozess. Aber dieser Prozess war eben notwendig, um nach 17 langen Jahren wieder in ökumenischer Gemeinsamkeit etwas auf den Weg zu bringen.

Gerhard Wegner, der als Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD genauso an den vorbereitenden Arbeiten beteiligt war wie die Verfasser dieses Heftes für die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, betont völlig zu Recht, dass im Vordergrund der Wille zum Konsens und damit auch die Bereitschaft zum Kompromiss standen. Dass das am Ende gelungen ist, ist ein Erfolg für die Ökumene und für die gemeinsame sozialetische Zielsetzung. Denn „[g]enauso bietet dieses Papier jetzt eine gemeinsame Basis, einen gewissen Konsens – mehr als ein Minimalkonsens – für Initiativen der Kirchen zur beanspruchten Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialordnung.“¹

Neue soziale Herausforderungen

Hintergrund der Ökumenischen Sozialinitiative sind die tiefgreifenden sozialen Veränderungen und neuen Herausforderungen, die sich in den letzten 17 Jahren ergeben haben. Manche der angesprochenen Themen waren bereits 1997 virulent oder zeichneten sich zumindest als zukünftige Fragestellungen ab. So etwa die wachsende Dynamik der Globalisierung, die dazu führt, dass sich inzwischen nicht mehr nur die Unternehmen in einer internationalen Wettbewerbssituation befinden, sondern auch die Nationalstaaten: dem Wettbewerb um die besseren Standortbedingungen.

Diesen Standortwettbewerb „bekommen auch die Arbeitnehmer zu spüren, denn im Kern gilt: Während das Kapital global agiert, bleibt der Faktor Arbeit an die Realwirtschaft gekoppelt“ (Sozialinitiative, S. 7 f.). Mit dieser Formulierung greift der Impulstext die Beobachtungen des spanischen Soziologen Manuel Castells auf, der bereits in seiner Studie *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*, die 1996 weltweite Aufmerksamkeit erregt hatte, prognostizierte, dass sich die gesellschaftlichen Be-

ziehungen zwischen Kapital und Arbeit unter den Bedingungen einer dynamisierten Globalisierung tiefgreifend verändern werden. „Kapital ist im Kern global. Arbeit ist in der Regel lokal“, so formuliert es Castells. Kapital und Arbeit existieren in der globalisierten Gesellschaft „in unterschiedlichen Räumen und Zeiten [...]: im Raum der Ströme und im Raum der Orte, Instant-Zeit der Computernetzwerke gegenüber der Uhrzeit des Alltagslebens.“² Damit vergrößern sich die Möglichkeiten des Kapitals, der Anleger, Spekulanten und Finanzjongleure, während diejenigen, die nur ihre Arbeit zum Erwerb haben, ins Hintertreffen geraten.

Hier zeichnet sich bereits die wachsende Bedeutung des Finanzmarktes ab, dessen dunkle Seite in der Krise ab 2007 offenbar geworden ist. Erfreulich ist, dass die Kirchen über diese Schattenseiten aber nicht die positiven Aspekte übersehen und betonen, dass der Finanzmarkt und die globale Mobilität des Kapitals für die Entwicklung gerade auch der ärmeren Länder durchaus neue Chancen bieten und notwendig sind. Was das Papier allerdings scharf kritisiert, ist der naive Glaube an die Selbstregulierungskraft des Finanzsektors. „Als diese Illusion wie eine Seifenblase zerplatzte, waren die Staaten zu umfassenden Rettungsmaßnahmen gezwungen. Ohne das Geld der Steuerzahler zur Rettung privater Banken wären viele Staaten kollabiert. An den Folgen tragen viele Länder bis heute“ (S. 8). Auch den Zusammenhang zwischen diesen staatlichen Rettungsmaßnahmen in der Finanzmarktkrise und der Staatsschuldenkrise, in die ab 2010 verschiedene Länder der Eurozone geraten sind, betont das Papier. Richtig ist aber genauso, dass die betroffenen Länder deswegen keineswegs von ihrer eigenen Verantwortung für ihre volkswirtschaftliche und fiskalische Situation freigesprochen werden.

Auch wenn das Papier seinem Anlass nach unübersehbar im Zusammenhang mit diesen beiden großen Krisen der letzten Jahre steht, so ist seine Perspektive doch keineswegs ökonomistisch verengt. „[D]ie Schicksale der Völker sind heute nicht nur in ökonomischer Hinsicht miteinander verknüpft“, wird vielmehr betont. „Die wachsenden globalen Umweltprobleme, insbesondere der Klimawandel, vergrößern die bestehenden sozialen Ungleichgewichte und gefährden letztlich die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit.“ Unmissverständlich heißt es: „In ökologischer Hinsicht ist die Belastbarkeitsgrenze unseres Planeten erreicht“ (S. 8).

Mit Blick auf die Sozialpolitik hebt der Impulstext besonders die Herausforderung des demografischen Wandels hervor, „der die Sozialstruktur unserer Gesellschaft tief greifend verändern wird und unsere sozialen

Sicherungssysteme auf eine große Belastungsprobe stellt“ (S. 9). Ebenso wird die wachsende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung problematisiert. Das sozial- und gesellschaftspolitische Leitbild des Papiers wird mit den Begriffen *Inklusion* und *Integration* bereits in der Einleitung deutlich.

Für eine nachhaltige Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Ein starkes Bekenntnis legen die beiden Kirchen für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft ab. Deren Ziel liegt nach der vielzitierten Definition Alfred Müller-Armacks (1901 – 1978) – und das Zitat fehlt auch in dem Impulstext nicht – darin, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“ Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft grenzt sich dabei sowohl von dem Modell einer Laissez-faire-Wirtschaft, dem „ungebändigten“ Kapitalismus, als auch von dem Modell des Interventionismus ab. Der Interventionismus versucht die Quadratur des Kreises, indem die Marktwirtschaft mit Instrumenten planwirtschaftlicher Steuerung verbunden wird. Das führt aber lediglich dazu, dass sich die widersprüchlichen Elemente wechselseitig blockieren. Die Soziale Marktwirtschaft ist dagegen „eine bewußt gestaltete marktwirtschaftliche Gesamtordnung“. Auch Sozialpolitik ist Teil dieser Gesamtordnung; sie soll, so formuliert es Müller-Armack, „den sozialen Zweck sichern, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen.“³

Die Kirchen unterscheiden freilich sehr genau zwischen dieser Idee und der heute „real existierenden“ Sozialen Marktwirtschaft. Die Idee muss immer wieder neu institutionell ausbuchstabiert werden. Unter den gegenwärtigen Herausforderungen beschäftigt sich der Impulstext ausführlich mit den ökologischen Bedrohungen, insbesondere dem Klimawandel und dem demografischen Wandel. Zu den beiden herkömmlichen Prinzipien der marktwirtschaftlichen Freiheit und des sozialen Ausgleichs muss heute als drittes das Prinzip ökologischer Nachhaltigkeit hinzutreten. Die in einer Sozialen Marktwirtschaft zur Verfügung stehenden ordnungspolitischen Steuerungsinstrumente müssen dazu genutzt werden, die wirtschaftliche Entwicklung von weiteren Steigerungen des Ressourcen- und Umweltverbrauchs abzukoppeln. Die Energiewende beurteilen die Kirchen vor diesem Hintergrund positiv. Sie betonen aber auch, dass eine deutsche Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft nur dann als Vorbild und Modell für andere Staaten dienen kann, wenn Deutschland zugleich ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleibt – wozu

zweifelloso der starke industrielle Kern bewahrt werden muss – und zugleich das deutsche Sozialmodell des „Wohlstands für alle“ erhalten wird.

Die Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit mahnen die Kirchen auch mit Blick auf den demografischen Wandel an. Die damit verbundenen Belastungen müssen gerecht zwischen den Generationen verteilt werden. Sorgen machen sich die Kirchen über eine in Zukunft wieder zunehmende Altersarmut. Die Leistungsgerechtigkeit und die gesellschaftliche Akzeptanz des Rentensystems sind in Frage gestellt, wenn ein Großteil der Rentnerinnen und Rentner in Zukunft nur noch Rentenansprüche in Höhe der Mindestsicherung erwerben könnte. Bei der Wahl zwischen einer (noch weiteren) Senkung des Nettorentenniveaus und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit geben die Kirchen deshalb der zweiten Alternative aus genuin sozial-ethischen Gründen eindeutig den Vorzug. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bezeichnet der Impulstext denn auch konsequenterweise als notwendig. Ganz in diesem Sinne kritisierte Erzbischof Zollitsch bei der Vorstellung des Impulstextes die Pläne der Koalition zu einer Aufweichung der Rentenreform von 2007 durch die Schaffung der Möglichkeit einer „Rente mit 63“.

Für eine Neubesinnung auf die Ordnungspolitik

Aber es gibt durchaus lobende Worte für das gegenwärtige institutionelle System der Sozialen Marktwirtschaft. Dieses habe sich gerade in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bewährt, die Deutschland im Vergleich mit vielen anderen Ländern ohne größere volkswirtschaftliche und soziale Friktionen überstanden hat. „Damit hat sich gezeigt, dass die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur unter moralischer Perspektive, sondern auch unter dem Aspekt nachhaltigen gesellschaftlichen Erfolgs nach wie vor richtig ist“ (S. 20). Als Beispiel für die positive Rolle sozialstaatlicher Instrumente in der Krise wird ausdrücklich die Kurzarbeit genannt, mit der 2008/2009 zahlreiche betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden konnten.

Dieser Gedanke der Verbindung von wirtschaftlicher Rationalität und moralischer Verantwortung ist der Grundtenor der wirtschaftsethischen Überlegungen in dem Papier. Und dabei wird keineswegs nur an das Ethos des „ehrbaren Kaufmanns“ appelliert. Bereits die erste der zehn Thesen, die die Ideen der Sozialinitiative konkretisieren, lautet: „Gemeinsame Verantwortung heißt, wirtschaftliches Wachstum in den

Dienst für den Menschen zu stellen“ (S. 15). Die Pointe ist dabei, dass die Kirchen die soziale Verantwortung eben nicht als Additiv zum Markt verstehen, sondern die Marktwirtschaft braucht von vornherein diese Ausrichtung auf das Soziale.

Hier zeigt sich, dass das Bekenntnis des Papiers zur Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft keine bloße rhetorische Pflichtübung ist. Denn das ist ja die bereits oben skizzierte Grundidee derer gewesen, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Soziale Marktwirtschaft begründet haben: Es kommt vor allem auf eine ordnungspolitische Einhegung des Marktes an, und das Soziale ergibt sich in der Marktwirtschaft dann zumindest in Teilen bereits aus dem marktlichen Wettbewerb selbst. Für Walter Eucken (1891 – 1950), den Kopf der damals wirtschaftspolitisch maßgeblichen „Freiburger Schule“, liegt die zentrale ordnungspolitische Aufgabe des Staates deshalb darin, eine Vermachtung des Marktes zu verhindern und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Hier spürt der Text zur Sozialinitiative auch die tiefere Ursache der wirtschaftlichen Verwerfungen der letzten Jahre auf, insbesondere der Finanz- und Wirtschaftskrise. Statt des „starken Staates“, den die „Freiburger“ immer gefordert haben und der eine robuste Rahmenordnung für den Markt zu schaffen und zu garantieren hat, verbreitete sich seit den neunziger Jahren von den USA aus eine Ideologie, die den kompletten Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen propagierte. Im Grunde wird dieser Ideologie zu viel Ehre angetan, wenn sie heutzutage mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ bezeichnet wird. Es ist vielmehr eine Art Vulgärliberalismus, der mit dem ursprünglichen Neoliberalismus wenig gemein hat. Bundespräsident Joachim Gauck hat Anfang des Jahres in seiner Festrede aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des Freiburger Walter-Eucken-Instituts darauf hingewiesen.⁴ Neoliberalismus, das war einst ein sehr ehrbarer Begriff, der den hochreflektierten Versuch einer Wiederbelebung der freiheitlichen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnete.

Scharf kritisiert der Impulstext die „Ideologisierung der Deregulierung, die die Politik jahrelang dazu drängte, die Märkte, besonders die Finanzmärkte, sich selbst zu überlassen“ (S. 25). Es werden die in den Jahren vor der Krise herrschenden ökonomischen Modelle kritisiert, die eine Kontrollierbarkeit auch größter Risiken auf den Finanzmärkten suggeriert hatten. Und in bester Tradition der Freiburger Schule heißt es: „Richtig ist vielmehr eine der Grundannahmen der Sozialen Marktwirtschaft: dass nämlich die Märkte eine Rahmenordnung und eine wirksa-

me ordnungspolitische Aufsicht benötigen, damit das Finanz- und Wirtschaftsgeschehen in gemeinwohldienliche Bahnen gelenkt wird“ (S. 25).

Solche starken Aussagen zeigen im Übrigen auch, dass der Impulstext in der Tat mehr als nur einen Minimalkonsens enthält und sehr wohl auch Mut zum politischen Statement zeigt. Wer meint, dass die Forderung nach einer robusteren Rahmenordnung und einer stärkeren Aufsicht für die Finanzmärkte heute eine Selbstverständlichkeit ist, der hat die letzte Nobelpreisverleihung verpasst. Die zeigte, wie offen das Rennen in der wirtschaftstheoretischen Diskussion nach wie vor ist. Denn den letzten Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften mussten sich zwei Ökonomen mit diametral entgegengesetzten Theorien über die Finanzmärkte teilen: Eugene Fama, Volkswirt an der University of Chicago, und Robert J. Shiller, Ökonom an der Yale-University. Fama ist der Begründer der sogenannten „Effizienzmarkthypothese“, die besagt, dass Finanzmärkte reibungslos funktionieren, weil die Preise für Finanzmarktprodukte alle relevanten Informationen abbilden und die Anleger rational handeln. Und er zieht daraus die Schlussfolgerung, dass „es keine Blasen an den Finanzmärkten gibt.“⁵ Finanzmarktkrise hin, Eurokrise her: Das Stockholmer Komitee findet diese Theorie offenbar nach wie vor nobelpreiswürdig.

Dass allerdings auch den Schweden gewisse Zweifel gekommen sind, darauf deutet die gleichzeitige Verleihung des Nobelpreises an Robert J. Shiller hin. Der nämlich meint, dass Finanzmärkte alles andere als effizient und rational sind. Shiller hat seine Finanzmarkttheorie unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus der Verhaltensökonomik und der Massenpsychologie entwickelt. Demnach sind die Preise an den Finanzmärkten eben nicht nur das Ergebnis aggregierter Informationen und rationaler Anlegerentscheidungen, sondern auch emotionaler Faktoren wie Hoffnungen, Ängsten usw. Nicht selten führt das sogar zu einem ganz und gar irrationalen Herdenverhalten der Anleger, das in keiner Weise mehr von den ökonomischen Fundamentaldaten gedeckt ist. Der Impulstext der beiden deutschen Kirchen stellt sich in diesem wirtschaftstheoretischen und auch wirtschaftspolitischen Meinungsstreit eindeutig auf die Seite Shillers. Für den ist die Effizienzmarkttheorie „einer der größten Fehler in der Geschichte des ökonomischen Denkens.“⁶

Das Prinzip der Haftung

Nach wie vor sehen die Kirchen deshalb Handlungsbedarf im Blick auf eine erneuerte Finanzmarktordnung. Diese müsse sich vor allem an dem

„Prinzip der Haftung“ orientieren, das Walter Eucken als eines der konstituierenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bezeichnet hat. Eucken fasst diesen Gedanken in einem schlichten moralischen Grundsatz zusammen, den der Impulstext wörtlich zitiert: „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“ (S. 24).⁷ Haftung bewirkt, so Eucken weiter, dass „die Disposition des Kapitals vorsichtig erfolgt. Investitionen werden umso sorgfältiger gemacht, je mehr der Verantwortliche für diese Investitionen haftet. Die Haftung wirkt insofern also prophylaktisch gegen eine Verschleuderung von Kapital und zwingt dazu, die Märkte vorsichtig abzutasten.“⁸ Die Finanzmarktkrise ist ein eindrucksvoller Beweis ex negativo für diesen Grundsatz.

Die Kirchen fordern deshalb unter anderem, dass der Steuerzahler in Zukunft davor geschützt werden muss, für die riskante Geschäftspolitik von Banken gerade stehen zu müssen. „Das systemische Risiko und Erpressungspotenzial, das mit Finanzinstituten verbunden ist, die ‚too big to fail‘ sind, muss wirksam begrenzt werden“ (S. 25). Haften sollen in Zukunft zunächst einmal die Eigentümer der Banken, also die Aktionäre, und die Inhaber von Bankanleihen, also diejenigen, die auch die potentiellen Profiteure der Anlagepolitik sind.

Steuergerechtigkeit und Haushaltskonsolidierung

Diese Forderung einer notwendigen „Korrespondenz von Freiheit und Verantwortung“ (S. 25) in der Sozialen Marktwirtschaft konkretisiert der Impulstext auch mit Blick auf die Frage der Steuergerechtigkeit. „Steuerpflicht ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Bürgerpflicht“, wird klargestellt (S. 30). Der Text begrüßt deshalb nicht nur die auch auf internationaler Ebene verstärkten Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Es gehe darüber hinaus auch darum, jene Schlupflöcher zu stopfen, die Möglichkeiten zur legalen, aber eben doch moralisch illegitimen „Steuervermeidung“ bieten.

Soziale Verantwortung fordern die Kirchen aber nicht nur von den wirtschaftlich handelnden Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch von den politisch Verantwortlichen im Staat. Mit Blick auf die politische Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand heute und mehr noch in der Zukunft, fordern die Kirchen deshalb einen Abbau der Staatsverschuldung. Wie sehr aus dem Ruder laufende Staatsschulden das Gemeinwohl gefährden können, zeigt sich gerade in der Euro-Krise. Begrüßt werden deshalb die im Grundgesetz und im europäischen Fiskalpakt in den letzten Jahren festgelegten Schuldenbremsen.

Gleichzeitig wird betont, dass die mit der Haushaltskonsolidierung verbundenen Belastungen gerecht verteilt werden müssen. Scharf kritisiert das Papier daher, dass in manchen europäischen Ländern die Schuldenkrisen „auf dem Rücken von Millionen von Menschen ausgetragen werden, die sie nicht verursacht haben. Insgesamt ist ein Schuldenabbau, der vor allem auf Kosten der sozial Schwachen und auf Kosten notwendiger Zukunftsinvestitionen geht, aus ethischer Sicht nicht hinnehmbar“ (S. 31).

Die Reformpolitik und das „German Wunder“

Insgesamt lehrt die Erfahrung, dass eine Haushaltskonsolidierung allein durch Sparen praktisch nicht realisierbar ist. Notwendig ist vielmehr vor allem eine positive konjunkturelle Entwicklung. Diese war der Grund, weswegen Deutschland vor Ausbruch der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 erstmals seit 1969 wieder einen ausgeglichenen Haushalt hatte. In den Jahren zuvor war es gelungen, durch eine stärkere Dezentralisierung der Tarifpolitik und durch Arbeitsmarkt- und Sozialreformen die Arbeitskosten zu senken und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu stärken. Hier liegen auch die Gründe, weswegen Deutschland die Finanzmarktkrise und die Eurokrise so gut überstanden hat. Weltweit wird über dieses „German Wunder“ gesprochen. Schnell konnte Deutschland so wieder auf den Pfad der Haushaltskonsolidierung zurückkehren und die Jahre 2012 sowie 2013 ebenfalls mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt abschließen.

Gerade das Beispiel der Entwicklung Deutschlands vom „kranken Mann“ zur „Wirtschaftslokomotive“ Europas zeigt, wie ein hochentwickeltes Land im Umfeld der wirtschaftlichen Globalisierung bestehen kann. In Europa gilt die deutsche Reformpolitik heute als vorbildlich. Und auch die Kirchen würdigen in ihrem Impulstext die Erfolge dieser Politik. Das hat manche Kritik hervorgerufen, das Papier urteile zu positiv über die Arbeitsmarktreformen und verliere deren Schattenseiten aus dem Blick.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Text betont ausdrücklich, dass die zu beobachtende Ausweitung und Verfestigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse nicht hinnehmbar ist und die Politik hier gegensteuern muss. Auch werden die Missstände im Niedriglohnbereich benannt, wie sie sich vor allem in manchen Zweigen des Dienstleistungssektors zeigen, wo die Tarifautonomie nicht greift. Hier unterstützen die Kirchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Sie benennen aber auch die Gefahren:

Vor allem für jugendliche Berufseinsteiger, für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose dürfen keine neuen Barrieren zum Einstieg in den Arbeitsmarkt errichtet werden.

Manchem ist das zu zurückhaltend. Aber Zurückhaltung zeugt in diesem Fall von Verantwortungsbewusstsein. Auch die Soziale Marktwirtschaft funktioniert – mit guten Gründen – nach den Regeln jeder Marktwirtschaft. Und in einer Marktwirtschaft zeitigen staatliche Interventionen regelmäßig nicht nur die erwünschten Resultate, sondern auch unbeabsichtigte Nebenfolgen. Auf diese Weise können mitunter gut gemeinte soziale Maßnahmen ganz und gar unsoziale Folgen nach sich ziehen. Das heißt ganz konkret: Wenn die Politik den Niedriglohnbereich zu „gründlich“ bekämpft, dann werden am Ende nicht nur die niedrigen Löhne, sondern auch die dazu gehörenden Arbeitsplätze verschwunden sein. Das aber ist mit dem anspruchsvollen ethischen Leitmotiv, das der Text zur Diskussion stellt, nicht vereinbar.

Inklusion und Partizipation als ethische Leitkategorien

Der Impulstext stellt unmissverständlich fest, dass es offenkundig „noch nicht hinreichend gelungen [ist], eine Antwort darauf zu finden, wie unter den Bedingungen der Globalisierung ein gerechter und fairer sozialer Ausgleich in der Sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts organisiert werden kann“. Als ethisches Leitbild empfehlen die Kirchen hierbei „die möglichst umfassende soziale Inklusion und Partizipation aller Menschen in unserem Land“. Und sie stellen klar: „Das ist nicht nur eine im engeren Sinne sozialpolitische, sondern eine umfassend gesellschaftspolitische und auch zivilgesellschaftliche Aufgabe“ (S. 21).

Damit ist ein hoher ethischer Anspruch formuliert, dessen politische Ausgestaltung nicht in der Hand der Kirchen liegt, der aber trotzdem in dem Papier inhaltlich konkretisiert und exemplarisch ausgefaltet wird. So empfiehlt der Impulstext, den oft auf das Paradigma der Verteilungsgerechtigkeit verengten „sozialpolitischen Diskurs durch einen stärker chancenorientierten gesellschaftspolitischen Diskurs zu ergänzen“ (S. 42). Wer daraus einen Vorbehalt gegen sozialstaatliche Umverteilung konstruiert, der hat den Text nicht gründlich gelesen. Richtig ist vielmehr, wie der Mainzer Sozialethiker Gerhard Kruijff feststellt, dass in dem Papier „[a]ufgeräumt wird mit dem oft konstruierten Gegensatz zwischen Beteiligungsgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Denn beide gehören eindeutig zusammen. Um Beteiligung sicherzustellen, muss eben auch umverteilt werden.“⁹

Um umfassende Inklusion und Partizipation zu gewährleisten, müssen nach wie vor vielfältige Diskriminierungen in der Gesellschaft abgebaut werden. Das betrifft die unterschiedlichsten sozialen Gruppen. Kritisiert wird in dem Text beispielsweise die „gläserne Decke“, die Frauen immer noch zu oft den Weg in Führungspositionen versperrt. Genannt werden aber auch die Mütter und Väter, die für sich keine hinreichenden Möglichkeiten sehen, Familie und Beruf gut zu vereinbaren. Die Sozialinitiative könnte hier etwa die Vorschläge zu einer auf 32 Stunden reduzierten Elternarbeitszeit aufgreifen, die Familienministerin Manuela Schwesig zur Diskussion gestellt hat. Sie hat dafür Kritik eingesteckt, aber auch viel Zustimmung erhalten, auch in anderen Parteien und sogar aus der Wirtschaft. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat sich immerhin für eine Elternarbeitszeit von 35 Stunden ausgesprochen.

Ganz anders gelagert, aber sozial und moralisch nicht weniger relevant, ist die Tatsache, dass Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor nicht die gleichen sozialen Chancen haben. Das betrifft auch diejenigen, die bereits in der zweiten und dritten Generation in Deutschland leben, hier aufgewachsen und ausgebildet worden sind. Zahllose Studien zeigen, dass sie bei gleicher Qualifikation doch signifikant schlechtere Karriereaussichten haben. Es ist gut, dass die Kirchen auch dieses Problem klar beim Namen nennen.

Bei all dem verlieren die Kirchen nicht die „klassischen“ Themen der Sozialpolitik aus dem Blick. Trotz der deutlich entspannten Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt mahnen sie an, dass das Problem der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen nach wie vor großes Leid bedeutet, das weit über den Mangel an Einkommen hinausgeht. Deswegen kritisieren die Kirchen auch scharf, dass im Zuge der Instrumentenreform gerade im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen die Mittel zusammengestrichen wurden. Das ist mit dem ethischen Leitbild von Inklusion und Partizipation nicht vereinbar. „Kein Mensch darf als ‚nicht-aktivierungsfähig‘ abgeschrieben werden“ (S. 47).

Die ethische Leitidee des Impulstextes stellt hohe Ansprüche an Staat und Gesellschaft, aber auch an den Einzelnen. Die Kirchen stellen klar, dass „es sowohl der Chancengerechtigkeit als auch der Eigeninitiative“ bedarf, „[u]m das anspruchsvolle Projekt umfassender sozialer Inklusion zu verwirklichen“. Die Forderung nach Eigeninitiative ist in diesem Fall aber nicht, wie das manchmal in der politischen Debatte der Fall sein mag, ein Vorwand, um Staat und Gesellschaft aus ihrer Verantwortung

zu entlassen. Vielmehr betont das Papier unmissverständlich: „Damit der Einzelne die Eigeninitiative ergreifen kann, muss er auch die tatsächliche und faire Chance haben, sich mit seinen individuellen Begabungen in der Gesellschaft einzubringen. Wirkliche Chancengerechtigkeit herzustellen, ist eine herausfordernde gesellschaftspolitische Aufgabe. Es geht dabei darum, dass Menschen mit schlechteren sozialen Startbedingungen Unterstützung erfahren, angefangen bei der frühkindlichen Förderung“ (S. 43). Das erklärt auch, wieso das Thema Bildung in dem Impulstext einen prominenten Platz einnimmt. Bildungspolitik ist vorsorgende Sozialpolitik und verspricht insofern eine gute soziale Rendite. Jeder Euro, der heute in Bildung investiert wird, wird morgen im Sozialhaushalt eingespart bzw. wird als Steuer und Sozialabgabe in die öffentlichen Kassen zurückfließen.

Europa und die Grenzen eines kirchlichen Sozialpapiers

Mit Blick auf die Staatsschuldenkrise in Europa betont das Papier die gemeinsame Verantwortung der europäischen Partner und das Gebot der Solidarität. Die Kirchen stellen sich damit eindeutig auf die Seite der europäischen Idee und gegen die auch hierzulande Zulauf gewinnenden Kräfte, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen und nationalstaatlichen Chauvinismus propagieren. Manchen Kommentatoren geht der Text hier – wie auch an anderen Stellen – aber nicht weit genug. Deshalb sollen zum Abschluss an diesem Beispiel ein paar grundsätzliche Überlegungen zu den Möglichkeiten und Grenzen eines solchen von den Kirchenleitungen verantworteten Impulstextes angefügt werden.

Der Frankfurter Sozialethiker Bernhard Emunds beispielsweise hätte sich mehr Kritik an der Politik der Bundesregierung in der Eurokrise gewünscht. Vor allem die deutschen Handelsbilanzüberschüsse sind ihm ein Dorn im Auge. Er kritisiert, dass das Papier jene Analysen ausblende, in denen die „exportorientierte Wirtschaftspolitik“ Deutschlands für die Überschuldung der südeuropäischen Staaten mitverantwortlich gemacht wird. Diese Wirtschaftspolitik kann man seiner Ansicht nach „unter den Bedingungen der Währungsunion schlicht als unsolidarisch bezeichnen.“¹⁰

Es ist allerdings fraglich, ob die Kirchen gut beraten gewesen wären, so etwas in ihren Impulstext zu schreiben. Die kritische Bewertung der deutschen Leistungsbilanz ist ja keineswegs ein evidentes volkswirtschaftliches Faktum, sondern eine in der wirtschaftswissenschaftlichen Debatte äußerst strittige Frage. Hätten die Kirchen tatsächlich das Man-

dat, die Regierungspolitik auf der Grundlage wackliger Argumente derart scharf zu kritisieren? Und das nur wenige Wochen, nachdem der demokratische Souverän bei der Bundestagswahl ein starkes Votum für diese Politik abgelegt hat? Jedenfalls zeigen die Wählerbefragungen, dass die Europapolitik für viele bei der Wahlentscheidung eine maßgebliche Rolle gespielt hat.

Das heißt nun aber keineswegs, dass in der Diskussion, die der Impulstext zur Sozialinitiative anstoßen möchte, solche politisch profilierten Debattenbeiträge unerwünscht wären. Das Gegenteil ist der Fall. Auch um eine solche politische Diskussion nicht von vornherein zu vergiften, muss eine sozialetische Argumentation ihre eigenen Grenzen im Blick behalten. Das tun die Kirchen in ihrem Impulstext, und das ist gut so. Es ist zum Beispiel fraglich, ob man in der Debatte über die deutschen Handelsbilanzüberschüsse sofort schweres Geschütz auffahren und der deutschen Regierung unsolidarisches Verhalten vorwerfen sollte. Wenn man die Gegenposition allzu schnell moralisch abqualifiziert, ist es schwer, ein vernünftiges Gespräch auf der Sachebene aufrechtzuerhalten. Der 1998 gestorbene deutsche Soziologe Niklas Luhmann hatte eben nicht ganz Unrecht, als er einmal sagte: „Empirisch gesehen ist moralische Kommunikation nahe am Streit und damit in der Nähe von Gewalt angesiedelt.“¹¹

Auf der Sachebene der wirtschaftspolitischen Diskussion könnte man der Argumentation von Bernhard Emunds zweierlei entgegenhalten. Erstens liegt die unausgeglichene Handelsbilanz nicht (allein) in einer „exportorientierten Wirtschaftspolitik“ Deutschlands begründet, was auch immer damit genau gemeint sein mag. In den ersten Jahren nach der Einführung des Euro, als Deutschland Strukturreformen durchgeführt hat und die Tarifpartner hierzulande Lohnzurückhaltung geübt haben, haben die Südeuropäer sich kräftige Lohnsteigerungen genehmigt und zwar in einer Höhe, die offenbar nicht nachhaltig von den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten gedeckt war. So wurden die Produkte der südeuropäischen Unternehmen im Export immer teurer und die der deutschen immer günstiger. Tragen die Deutschen an dieser Fehlentwicklung tatsächlich die alleinige Schuld? Wohl kaum. Zweitens ist das mit den Exportüberschüssen gar keine so einfache Sache. Eine neue Studie des Prognos-Instituts zeigt, wie stark die anderen europäischen Länder von der Nachfrage der deutschen Industrie nach Vorleistungsprodukten profitieren.¹² 3,5 Millionen Arbeitsplätze in anderen EU-Staaten hängen nach den Berechnungen des Instituts davon ab. Außerdem geht die Exportstärke Deutschlands keineswegs mit einer Importschwäche einher.

Auch weil die Faktenlage so unklar ist, tun die Kirchen gut daran, in ihren sozialetischen Stellungnahmen keine allzu steilen politischen Behauptungen und Forderungen aufzustellen. Sie würden damit die ethische Orientierung, die sie geben möchten, unnötig angreifbar machen. Weiter „vorwagen“ können und sollen sich Andere im Rahmen der Sozialinitiative.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Wegner, Der Kompromiss als integrative Kraft. Das neue Sozialwort der Kirchen als stellvertretender Konsens, <http://www.gegenblende.de/20-2013/++co++acd9f768-ab88-11e3-a18b-52540066f352> (abgerufen am 14.04.2014).
- 2 Manuel Castells, Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, übers. v. Reinhart Köbler, Opladen 2001. 533 f.
- 3 Alfred Müller-Armack, Art. Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart u. a. 1956, 390 – 392, hier: 390 f.
- 4 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140116-Walter-Eucken_Institut.html (abgerufen am 14.04.2014).
- 5 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nobeldenkpreistraeger-fama-es-gibt-keine-blasen-an-den-maerkten-12620969.html> (abgerufen am 14.04.2014).
- 6 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/im-gespraech-robot-shiller-die-naechsten-fuenf-jahre-werden-enttaeuschend-1842772.html> (abgerufen am 14.04.2014).
- 7 Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., Tübingen 2004, 279.
- 8 Ebd., 280.
- 9 Gerhard Kruip, Impuls für weitere Diskussionen. Kirchen legen neues „Sozialwort“ vor, in: Herder Korrespondenz 68 (2014), 173 – 177, hier: 175.
- 10 Bernhard Emunds, Fehlstart. Zur ökumenischen Sozialinitiative und ihrem Impulstext, in: Stimmen der Zeit, 232 (2014), 335 – 345, hier: 342.
- 11 Niklas Luhmann, Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral. Rede anlässlich der Verleihung des Hegel-Preises 1989, Frankfurt a. M. 1990, 26.
- 12 http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/publikationsdatenbank/140417_Prognos_Studie_vbw_Bedeutung_dt_Industrie_EU_DE.pdf (abgerufen am 21.04.2014).

Die Verfasser

Dr. Arnd Küppers ist Wissenschaftlicher Referent und Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.

Msgr. Dr. Peter Schallenberg ist Professor für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät Paderborn und Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.